

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

17.5.1929 (No. 113)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. Nr. 14
Verantwortlich
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Knecht,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreiter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hofschreibblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Reparationsverhandlungen

Die Gläubigerdelegierten zum Berichtsentwurf

Die Beratung der Delegationen der Gläubigerstaaten auf Grund des nun übermittelten Entwurfes des Berichtes über die Arbeiten der Konferenz hat Donnerstag nachmittag unter dem Vorsitz von Owen Young begonnen.

Nach Habas beziehen sich die deutschen Vorschläge auf die Möglichkeit eines zweijährigen Moratoriums für den geschützten Teil der deutschen Schuld, und zwar sowohl hinsichtlich der Transferrierung als auch der Ausföhrung, auf die Sicherheitsklausel, die es Deutschland erlauben soll, sich im Falle finanzieller und wirtschaftlicher Schwierigkeiten an die Bank für internationale Zahlungen zu wenden und auf die Aufhebung der Finanz- und Wirtschaftskontrolle des Dawesplanes. „Matin“ gibt über die voraussichtliche Antwort der Gläubiger an, daß eine Aussetzung des Transfers vielleicht, aber eine Aussetzung der in Deutschland erfolgenden Zahlungen nicht in Frage komme. Was eine Revisionsmöglichkeit anlangt, so dürfte auf jeden Fall die Initiative nicht von Deutschland kommen, hier hat Amerika das Wort. Dies wird durch „Echo de Paris“ dahin präzisiert: Solange die Vereinigten Staaten nicht eine Revision ihrer Gläubigeransprüche zulassen, können wir eine solche an unseren Anprüchern nicht ins Auge fassen. Ein vollkommenes Verschwinden der Pfänder komme gewiß nicht in Frage, jedoch seien Milderungen möglich.

Über die Frage des Fortganges der Verhandlungen verlautet nichts Bestimmtes. Jedoch darf angenommen werden, daß wenn die Gläubigerstaaten sich untereinander auf ein Verhandlungsprogramm geeinigt haben, vielleicht morgen, Samstag, eine Volltagung unter Beteiligung der deutschen Delegation stattfinden wird. Wodan wird wohl eine kurze Pause in den Verhandlungen eintreten.

Die österreichischen Vorkriegsschulden

WVB. Paris, 17. Mai. (Tel.) Das „Journal“ bezeichnet als schwierigsten der Vorbehalte der deutschen Delegation die Frage der Liquidierung der Schulden des alten Österreich. Der Vertrag von Saint Germain bestimmte, daß die Nachfolgestaaten Österreichs, also die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Jugoslawien und Italien proportional die alten österreichischen Schulden, die auf 10 Milliarden Goldkronen geschätzt werden, verteilen.

Der Vertrag habe bestimmt, daß Deutschland für diese Verpflichtungen garantiere. Von den deutschen Sachverständigen werde nun, so schreibt „Journal“ weiter, erklärt, daß die Nachfolgestaaten ihrerseits die Schulden bezahlen müßten, und daß diese Zahlungen für die Liquidierung der restlichen 21 Annuitäten sehr gelegen kämen. Man brauche nicht zu erwägen, daß es unmöglich sei, diesen Weg einzuschlagen.

Amerika und die Reparationsbank

Der Habasvertreter in Washington will aus autorisierter Quelle erfahren haben, daß die amerikanische Regierung, wenn sie auch eine direkte oder indirekte Beteiligung an der Reparationsbank ablehne, doch keine Einwendungen dagegen erheben werde, daß amerikanische Bankgruppen oder Privatpersonen sich an diesem Organismus beteiligen.

Die steuerfreie Reichsanleihe

Vorerst nur Auflegung von 300 Millionen

Reichsfinanzminister Dr. Sifferding machte der Presse folgende Mitteilungen:

Die Anleihe wird zu einem Ausgabefuß von 99 Proz. mit 7prozentiger Verzinsung ausgegeben, und zwar in Stücken von 100, 500, 1000, 5000, 10 000 und 20 000 RM. Die Zinsscheine sind zahlbar am 2. Januar und 1. Juli d. J. Als erste Tranche sollen 300 Millionen aufgelegt werden. Die Anleihe ist für 5 Jahre un kündbar und dann können in den folgenden 10 Jahren alljährlich 10 Proz. zur Auslösung kommen, wobei die Rückzahlung pari erfolgt. Die Vanzprovision beträgt 1 1/2 Proz. Die Steuerbefreiung ist lediglich bei der Erbschaftsteuer auf die Zeichner beschränkt, sonst gilt sie auch für die zweite Hand.

Der Reichsfinanzminister erklärte weiter: Die steuerfreie Anleihe sei in Deutschland ein Novum, während sie in Frankreich und Belgien als Finanzierungsmittel bekannt sei. Man habe zu dem Anreiz der Steuerfreiheit schreiten müssen, um auf diese Weise den Erfolg der Anleihe zu sichern. Es sei falsch, von einer katastrophalen Finanzlage Deutschlands zu sprechen, denn wenn die Anleihe den Erfolg hat, den sie haben muß, dann sei auf alle Fälle ein bestimmter Teil der finanziellen Schwierigkeiten ein für allemal beseitigt. Der Minister betonte schließlich, daß ein Mißbrauch der Zeichnungsmöglichkeiten von Seiten der Finanzämter niemals eintreten könne, weil diese Listen in den Händen der Banken lägen und vollkommen geheim gehalten würden. Die Führung bei der Anleihe habe die Reichsbank.

Ruppe in Nürnberg wiedergewählt. Nachdem die zehnjährige Amtszeit des demokratischen Oberbürgermeisters Dr. Ruppe von Nürnberg abgelaufen war, hat der Stadtrat ihn mit 88 Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und des Christlichen Volksdienstes auf zehn Jahre wiedergewählt. Die Stadträte der Fraktion Schwarz-weiß-rot und der Wirtschaftspartei gaben 15 weiße Stimmab. Hierauf wurde der bisherige zweite Bürgermeister Martin Tren (Sozialdemokrat) unter Umwandlung seiner bisherigen ehrenamtlichen Stelle in eine berufsmäßige Stelle von den Sozialisten und Demokraten gegen die Stimmen sämtlicher Rechtsparteien ebenfalls auf zehn Jahre wiedergewählt.

Letzte Nachrichten

Reichssteuereinnahmen im April 1929

WVB. Berlin, 17. Mai. Im Monat April 1929 hat das Aufkommen von den Besitz- und Verkehrssteuern (alle Angaben in Millionen Reichsmark) 723,5 und von Verbrauchsabgaben 215,9, mithin im ganzen 939,4 betragen. Die Einnahmen sind durch die Vorauszahlung auf die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer, die jeweils im ersten Monat eines Vierteljahres stattfinden, beeinflusst worden. Im Vergleich zum Januar ergibt sich ein Mindeeraufkommen von 29 bei der Einkommensteuer, von 7 bei der Körperschaftsteuer und von 26,6 bei der Umsatzsteuer.

Keine Auflösung des Braunschweiger Landtags

WVB. Braunschweig, 17. Mai. (Tel.) Im Landtag wurde der Antrag der Gemeinschaft der Mitte auf Auflösung des Landtages und Anberaumung von Neuwahlen mit 24 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Der Mißtrauensantrag der Rechten wurde mit 24 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Bei der letzteren Abstimmung hat sich die Gemeinschaft der Mitte der Stimme enthalten. Der Landtag beschloß ferner, die Zahl der Abgeordneten für die nächste Legislaturperiode von 48 auf 40 zu verringern.

Bund für koloniale Erneuerung

WVB. Berlin, 17. Mai. (Tel.) Während seiner Bundestagung in Götting vom 4. bis 6. d. M. hatte der Bund der Kolonialfreunde die Verschmelzung mit der Gesellschaft für koloniale Erneuerung beschlossen. Diese ist in ihrer geistigen Vorbildung diesem Zweck beizutreten, und hiernach hat sich der neue „Bund für koloniale Erneuerung e. V.“ konstituiert. Zum ersten Vorsitzenden wurde Reichsminister a. D. Dr. Klotz, Mitglied des Reichstages, gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Max Cohen-Neub, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, als geschäftsführender Vorsitzender Wilhelm Widauß. Dem Vorstand gehören weiter an die Herren Waltrauf, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Dr. Gremer, Mitglied des Reichstages, Oberregierungsrat Dr. Dannert, von Heintz, Geheimrat Cahl, Staatssekretär z. D. Dr. Kempner, Keinhart und Lemmer, Mitglieder des Reichstages, Geh. Raurat Schubert, Dr. Stern-Mubarth, Thormirt und Oberregierungsrat Dr. Teubertius.

Rückkehr des „Graf Zeppelin“

Wegen Maschinenschadens

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat am Donnerstagabend wegen Maschinenschadens über Spanien seine zweite Amerikafahrt abbrechen müssen und die Rückreise nach Friedrichshafen angetreten. Heute morgen befand sich das Luftschiff bereits über der Rhonemündung, kam aber wegen des starken Westwinds (Nordwindes) nur langsam vorwärts.

Infolge starken Gegenwindes und Ausfallens dreier Motore, fährt der „Graf Zeppelin“ nur mit geringer Geschwindigkeit. Die Durchfahrtslaubnis für den Rückflug durch Frankreich ist bewilligt worden.

Im Kampf mit dem Gegenwind

WVB. Paris, 17. Mai. (Tel.) Wie die Agentur Habas von der Flugstation Marseilles berichtet, hat das Zeppelinluftschiff um 7 Uhr früh heute bei St. Marie-de-la-Mer die französische Küste erreicht. Es hat gegen einen starken Gegenwind anzukämpfen und flog das Rhonetal aufwärts. Um 9.45 Uhr überflog das Luftschiff mit geringer Geschwindigkeit und in niedriger Höhe die Stadt Nîmes. Eine Habasmeldung besagt außerdem, daß das Luftschiff in der Umgebung von Nîmes um 9 Uhr in seiner Fahrt durch einen starken Gegenwind von 8 Sekundenmetern gehalten wird.

Nach weiteren Meldungen sucht das Luftschiff gegen den Wind durch Jidzardans anzukommen. Es fährt jetzt in der Richtung auf Lyon mit 50 Kilometer Geschwindigkeit das Rhonetal aufwärts. An Nord ist alles wohl.

Ein englischer Korrespondent über die Rückkehr

WVB. London, 17. Mai. (Tel.) Der Sonderkorrespondent des „Daily Chronicle“ an Bord des „Graf Zeppelin“ sandte gestern folgenden Rundfunk an sein Blatt: „7.20 Uhr abends über Cartagena (Spanien). Wir befinden uns bereits auf der Heimfahrt. Dr. Siffers Beschlus, zurückzufahren, ist in jeder Hinsicht lobenswert. Es muß ihm freilich große Überwindung gekostet haben, einen solchen Beschlus zu fassen nach einer Fahrt, die so außerordentlich rasch und günstig war. Die Ursache ist Maschinenschaden. Etwa 420 Meilen vor Erreichung Gibraltar wurde ein Bruch in der Rurbelwelle eines der Steuerbordmotore entdeckt. Die Passagiere hörten die Nachricht von dieser unwillkommenen Entdeckung mit großer Fassung an. Das Luftschiff fährt weiterhin ebenso ruhig und stetig wie zuvor. Es besteht wirklich kein Grund zur Enttäuschung. Sobald der Fehler ausgebessert ist, kann die Reise wieder begonnen werden. Es ist ein Reiz, das allen Transportmitteln zuzufahren kann. Alle Passagiere sehen einem neuen Start entgegen.“

Das preussische Konkordat mit dem Vatikan. Wie die „Germania“ mitteilt, soll das preussische Staatsministerium, nachdem der Landtag seine Verhandlungen vor Pfingsten zum Abschluß gebracht hat, heute, Freitag, zu einer Sitzung zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung steht der Vertragsabschluss mit dem Vatikan, über dessen Grundzüge eine Vereinbarung erfolgt sein soll.

Wirtschaftliche Umschau

Die deutsche Rheinschiffahrtsgemeinschaft — Gefoga und Süwega — Margarine — Linoleum

Die Deutsche Rheinschiffahrtsgemeinschaft, die nun durch die Beschlüsse der in Mannheim abgehaltenen Generalversammlungen der Gesellschaften der badischen und der preussischen Gruppe zustande gekommen ist, bringt die sowohl durch die Auslandskonkurrenz wie überhaupt durch die schwierige Lage der Rheinschiffahrt notwendig gewordene Rationalisierung und Zusammenfassung, auf die auch die Verluste der Rhein-See in Köln dringend hinwiesen. Die beiden Gruppen, die ja zum großen Teil in Händen des badischen und preussischen Staates sind, werden nun ihren gesamten Schiffahrtsbetrieb gemeinsam durchführen und stellen damit eine einzige große deutsche Rheinschiffahrtsgesellschaft dar, neben der es allerdings außer den Kleinschiffen noch einige in privaten Händen befindliche deutsche Schiffahrtunternehmungen gibt. Dadurch daß die Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft in Köln ihren Sitz nach Mannheim verlegt, ist Mannheim zum Mittelpunkt der deutschen Rheinschiffahrt geworden.

Die Zusammenfassung bedeutet auch eine innere Stärkung der Reichsbahn gegenüber, die übrigens selbst an der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft in Köln beteiligt ist. Da der unheilvolle Konkurrenzkampf weiter andauert, sind ein Ausgleich und eine Neuordnung zu erstreben. In den Berichten der badischen Gesellschaften hieß es darüber, man könne unmöglich annehmen, daß die Reichsbahn bei ihren Kampfzügen ihr Auskommen finde, denn man könne einfach nicht einen Transport über 300 Kilometer wesentlich billiger ausführen (und zwar in absoluten Zahlen!) als einen solchen über 150 Kilometer. Es müssen eben dann andere Güter, für die keine Ausnahmetarife geschaffen sind, die Last eines solchen Tariffsystems tragen, in erster Linie die Transporte auf nahe Entfernungen. Eine Einigung im Sinne der Rheinschiffahrt würde und müßte also eine Rationalisierung des gesamten Verkehrswezens zu Schiff und zu Bahn mit sich bringen. Die Gesellschaften verweisen darauf, daß die Reichsverfassung die Gleichmäßigkeit der Behandlung aller Staatsbürger in der Tarifpolitik fordere und ebenso auch die Staatsverträge die Verächtlichung der historisch begründeten Interessen der Länder bezüglich ihrer Häfen verlangen. Die Verödung der deutschen Oberrhein- und Mainhäfen sei ein Spiegelbild der Auswirkungen der heutigen Tarifpolitik der Reichsbahn.

Der Kampf um die Gasversorgung Hessens geht weiter. Nachdem sich der Aufsichtsrat der Hessischen Kommunalen Gasversorgung (Gefoga) für das Angebot der Ruhrgas-A.G. ausgesprochen hat, hat die Süddeutsche Gas-A.G. (Süwega), der bekanntlich auch die großen Städte Nord- und Mittelbadens zugehören, ein neues Angebot an die Gefoga gerichtet und in einer der Öffentlichkeit unterbreiteten Denkschrift erklärt, daß der geringfügigen Preisdifferenz sehr wichtige kommunalpolitische Vorteile durch die Gruppengasversorgung gegenüberständen. Die Süwega erklärt sich nun bereit, die Gaszeugungsstätten Frankfurt und Mannheim gemeinsam mit den von der Gefoga zur Fortführung der Gasversorgung bestimmten Werken in Mainz in ein neues Großgasunternehmen zur Gruppenversorgung einzubringen, also eine Produktionsgemeinschaft zu errichten.

Der Vorstand der Gefoga hat in einer Antwort darauf erklärt, daß das von der Ruhr angebotene Ferngas 4500 Wärmeeinheiten (gegen 4200 Wärmeeinheiten des Süwegas) habe, und daß das Ruhrgas 4,5 Pf. pro Kubikmeter kosten werde, während das Süwegas 6 bis 13 Pf. kosten sollte. Die Furcht vor einem Monopol der Ruhr sei übertrieben. Verschiedentlich wird jedoch in Hessen selbst Opposition gegen den Beschlus des Aufsichtsrates der Gefoga laut. Gestern hat der Provinzialausschuß der rechtsrheinischen Provinz Starkenburg sich dahin ausgesprochen, daß nur einer Gasversorgung zugestimmt werden könne, welche die gemeinwirtschaftliche Erzeugungsbeteiligung sicherstelle und die Beteiligung Hessens an der Produktion zur Voraussetzung habe.

In der dieser Tage abgehaltenen Generalversammlung des Vereins Deutsche Klafabriken A.G. Mannheim machte sich seitens der freien Aktionäre starker Widerstand gegen die Geschäftsführung geltend, welche in ihrer

Abhängigkeit vom holländisch-englischen Margarinetrust auch für die Allgemeinheit abträglich sei. Dabei erfuhr man, daß der Trust 80 Proz. des Aktienkapitals des Vereins Deutsche Ölfabriken N.G. kontrolliert.

Der Margarinetrust, dessen Spitzengesellschaft die „Margarine Union“ ist, ist im Laufe der Jahre zu einem Welttrust geworden, der mit einem Milliardenaktienkapital arbeitet und sich in seinem Umfang und seiner Weltgeltung mit der I. G. Farben vergleichen läßt, nur daß sein Aufbau viel komplizierter und unübersichtlicher ist. Die Aktien des Margarinetrusts sollen in Berlin (wie bereits in Amsterdam und London) börsenfähig gemacht werden. Dann wird auch, da ja die Zulassungsstelle darüber zu verfügen hat, genaueres über den Aufbau und die innere Struktur des Riesenunternehmens bekannt werden, dessen Hauptgruppen von den Bergh und Jürgens, sich vor ihrem Zusammenschluß im Herbst 1927 noch heftig bekämpft hatten. Es handelt sich hier um ein ausländisches kapitalistisches Unternehmen, das seit der Inflationszeit in Deutschland immer stärkeren Fuß faßte, und es wird jetzt behauptet, daß der Trust bereits in 30 Fabriken rund 70 Prozent der deutschen Margarineproduktion kontrolliert. Der Rest der Produktion mit etwa 30 Proz. wird in 60 bis 65 freien Fabriken hergestellt. Der Einfluß des Trustes geht über ganz Europa, ferner breitet er sich auf dem Weg über seine englischen Unternehmungen immer weiter über außereuropäische Länder aus. Außerdem verfügt er durch seine Kauforganisationen auch über einen großen Teil der pflanzlichen Rohstoffe (Kopra, Palmkerne, Erdnüsse). Schließlich ist er, auch in Deutschland, an einer Reihe anderer Fabriken, Ölmühlen, Seifenfabriken (Ellida), Schokoladefabriken, Teegeellschaften, Bergwerken, Woltereien, Schiffahrtsunternehmen (insgesamt 200 Firmen) beteiligt.

Der Konzern verfügt zwar noch nicht über ein Monopol, da von ihm in Deutschland immerhin noch 30 Proz. der Margarineproduktion unabhängig sind. Trotzdem ist der Kampf der freien Fabriken sehr schwer, einmal wegen der starken Finanzgrundlage des Trustes, und außerdem weil sie im Rohstoff- und Ölbezug von den Konzernunternehmen zum Teil abhängig sind und ihre Basis darin immer schmaler wird. Andererseits findet eine Preisdiktatur für Margarine in der immer mehr sich steigenden Buttererzeugung in der ganzen Welt ein Hindernis.

Ein anderer europäischer Konzern von bedeutendem Umfang, der nahezu die gesamte kontinentale Erzeugung beherrscht, ist der internationale Linoleumtrust mit seiner Spitzengesellschaft, der im Februar 1928 gegründeten Continental Linoleum-Union in Zürich. Diese internationale Gesellschaft, deren Aktien in Zürich bereits zugelassen, in Berlin und Amsterdam eingeführt werden, hat dieser Tage auf ihrer Generalversammlung ihr Aktienkapital auf 50 Millionen Franken erhöht, wobei jedoch zu bedenken ist, daß es sich um eine Holding-Gesellschaft handelt, und der Kapitalumfang der ihr zugehörigen Betriebsgesellschaften erheblich größer ist.

Dem Konzern sind sämtliche festländischen Linoleumfabriken mit Ausnahme eines deutschen und eines italienischen Ausenleiters angeschlossen, von den deutschen Fabriken Vietigheim, Maximiliansau (Wals), Berlin-Köpenick, Velten bei Berlin, die drei Werke in Delmenhorst bei Bremen, die Koppappenzfabrik in Worms, Gubiasco in der Schweiz, Korfaga in Schweden, Libau (Lettland). Weiter hat der Konzern Beziehungen zu Oslo (Norwegen), der I. G. Farben (Düneberger Werk), ferner besitzt der Konzern die Aktienmehrheit der „Niederländischen Linoleumfabrik Krommenie“ und eine starke Beteiligung an einer französischen Fabrik (Carlino) in Reims, während in Polen eine neue Fabrik des Konzerns im Bau ist. Nur noch in Amerika und England gibt es ernsthafte Konkurrenz, doch steht man mit englischen Werken, die auch stark in Frankreich interessiert und an dortigen Werken beteiligt sind, in Verhandlungen. Die der Continental Linoleum-Union in Zürich zugehörigen Gesellschaften haben auf 50 Jahre einen Interessengemeinschaftsvertrag geschlossen. Den Vorsitz in dem Konzern führt die Deutsche Linoleum N.G., in der seit längerem die deutschen Fabriken zusammengefaßt sind.

Eine Reichstanzlerrede in Stuttgart

Bei der Hundertjahrfeier der Technischen Hochschule Stuttgart sprach auf einem Festessen auch Reichstanzler Müller. Er streifte die Reparationsfrage und fragte dabei, ob es zehn Jahre nach dem Abschluß des Weltkrieges nicht endlich an der Zeit sei, für die Reparationsfrage eine Lösung zu vereinbaren, die von allem Kriegsgeist entgittert sei. Die ernste Lage der Reichsfinanzen erfordere schleunigst finanzielle Maßnahmen, vor allem zur Besserung der Kassenlage. Zur sogenannten Reichsreform sprach er die Hoffnung aus, daß die eingeleiteten umfangreichen Vorarbeiten der Länderkonferenz möglichst bald zu einem, Reich und Länder befriedigenden Abschluß gelangen. Es komme gerade jetzt sehr auf die Zusammenarbeit des gesamten deutschen Volkes an.

Der Reichsrat hat am Donnerstag der 500-Millionen-Anleihe ohne Einspruch zugestimmt. — Wie aus den Abstimmungslisten jetzt hervorgeht, haben in der Mittwochssitzung des Reichstags auch 10 Mitglieder der Deutschen Volkspartei gegen das Anleihegesetz gestimmt.

Im preussischen Landtag wurde am Donnerstag ein kommunistischer Misstrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten und den Innenminister wegen der Mainurruhen mit 210 Stimmen gegen 46 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten, bei 33 Enthaltungen der Deutschen Volkspartei, abgelehnt. Die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Aus dem Reichstag

Abgeordnete als „verantwortliche“ Redaktoren — Die Dr. Preußenhilfe — Sanierung von Schidau.

Die letzte Reichstagsitzung vor den Pfingstferien hatte am Donnerstag, wie schon kurz gemeldet, Vorn- und Sturmreden zu verzeichnen. Ohne Aussprache waren die Luftfahrtabkommen mit Holland und Norwegen angenommen worden. Dann aber wurde es lebhaft, als der Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die Anträge auf Genehmigung zur Strafverfolgung von Abgeordneten zur Beratung kam.

Während früher solche Anträge durchweg abgelehnt wurden, hat sich schon seit längerer Zeit im Geschäftsordnungsausschuß der Brand durchgesetzt, die Strafverfolgung freizugeben gegen Abgeordnete, die als verantwortliche Redaktoren einer Zeitung oder Zeitschrift in Verleumdungsprozesse verwickelt sind. Der Geschäftsordnungsausschuß geht davon aus, daß bei der Verweigerung der Strafverfolgung auch in solchen Fällen die Abgeordneten von verantwortlich gezeichneten Zeitschriften überhaupt nicht wegen Verleumdung oder Verleumdung gefaßt werden könnten. Im vorliegenden Falle hatte der Ausschuß die Strafverfolgung freigegeben gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Straßer und den kommunistischen Abgeordneten Klein wegen Verleumdung der Presse. Ein weiterer Fall betraf den kommunistischen Abgeordneten Berg, der bei den Demonstrationen auf der Publikumstribüne des Reichstags Kriminalbeamte beleidigt haben soll.

Von den Nationalsozialisten und den Kommunisten wurde heftig gegen die Anträge des Ausschusses protestiert, von den Nationalsozialisten in Reden und Zwischenrufen so heftig, daß es nicht nur Ordnungsrufe hagelte, sondern die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Fried, Dr. Goebels und Stöbe vom Präsidium aus dem Saale gewiesen wurden. Da sich die Hinausgewiesenen aber ohne weiteres entfernten, beschränkte sich der lärmende Streit auf die Mitglieder des Hauses, und es brauchte die Polizei nicht in Aktion zu treten. Die Antragsanträge wurden angenommen.

Die Vorlage zur Dr. Preußenhilfe wurde dann in zweiter und dritter Beratung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Reichsernährungsminister Dietrich betonte, daß das Reich im Rahmen seiner beschränkten Mittel in Verbindung mit Preußen der notleidenden Grenzprovinz weiterzuhelfen und diese Hilfe bei einer Besserung der Finanzlage auch auf andere notleidende Gebiete im Osten ausdehnen wolle. Die Kommunisten lehnten ab, weil ihre Änderungsanträge abgelehnt worden waren.

Angenommen wurde auch in zweiter und dritter Lesung die Vorlage, mit der die Schidauwerte saniert und in Form einer Aktiengesellschaft mit Reichsmitteln fortgeführt werden sollen. Gegen diese Vorlage stimmten Wirtschaftspartei, Bayer. Volkspartei, Kommunisten, Deutsche Bauernpartei und ein Teil der Demokraten. Die Gegner aus den bürgerlichen Parteien begründeten ihre ablehnende Haltung damit, daß die Sanierung in wirtschaftlicher Beziehung doch kaum Erfolg haben werde, wenn auch nationale und sozialpolitische Gründe dafür sprächen.

Bei der dann folgenden zweiten Beratung des Etats für Ernährung und Landwirtschaft kamen noch Redner der Nationalsozialisten und der Christlichnationalen Bauernpartei zum Wort. Die Beratung soll in der ersten Sitzung nach den Pfingstferien, am Montag, den 3. Juni, nachm. 8 Uhr, fortgesetzt werden.

Der Erfolg der Autonomisten im Elsaß

Die nun vorliegenden Kommentare und Wahlstatistiken zeigen die Niederlage der bisher durchaus nach Paris orientierten Sozialistischen Partei in sämtlichen größeren Städten außer Mülhausen und in einer großen Zahl mittlerer und Industriegegenden des Elsaß. Die Sieger sind überall nicht die Kommunisten oder eine rechtsbürgerliche Gruppe, sondern die vereinigten Heimatschutzparteien, manchmal mit, manchmal ohne Teilnahme der Kommunisten. Darum ist das politische Ergebnis der Wahlen dies: auch die letzte und am festesten organisierte Partei, die der Assimilationspolitik Vorschub leistete und die Heimatbewegung oft geradezu fanatisch belämpfte, ist von den autonomistischen Parteien geschlagen worden. Schon seit einiger Zeit machen sich bei den Sozialisten Bestrebungen bemerkbar, eine der Heimatbewegung freundschaftliche Haltung einzunehmen. Es ist wahrscheinlich, daß die Richtung nun Oberwasser bekommt.

In Straßburg rechnet man bestimmt damit, daß die Autonomisten ihren in Besangon eingeleiteten Führer, Dr. Koss, hier mit einer der höchsten Stimmziffern in den Gemeinderat gewählt wurde, für den Bürgermeisterposten vorgeschlagen und damit auch durchdringen werden. Wegen des Marbais des ebenfalls in den Straßburger Rat gewählten Autonomisten Paul Schall, der infolge des Colmarer Komplotturteils seiner bürgerlichen Ehre verberaubt ist, ist das Verwaltungsgericht bereits in Anspruch genommen worden, um die gesetzliche Ungültigkeitserklärung herbeizuführen. Dasselbe gilt für den ehemaligen, im Herbst abgewählten Abgeordneten Koffe in Colmar, der mit seiner ganzen Liste glatt gesiegt hat und jedenfalls zum Maire von Colmar gewählt werden wird.

Ein Abrüstungsmanifest in England

Premierminister Baldwin und Ramsay MacDonald sowie Lloyd George, also die Führer der drei großen Parteien, haben auf ein vom Abrüstungsmanifestationsausschuß veröffentlichtes Manifest geantwortet. Der Ausschuß wurde nach einer Konferenz gebildet, die in London vom Friedensauschuß der Quäker abgehalten wurde, und an der die Vertreter von über 20 Gesellschaften teilnahmen. In dem Manifest heißt es: Der Versuch, eine allgemeine Abrüstung durch den Völkerverbund herbeizuführen, ist bisher schlagversagen. Das Manifest fordert, daß die britische Regierung in der Abrüstung die Führung übernimmt und allen Staaten den Abschluß von Vereinbarungen anbietet, um durch friedliche Mittel Streitigkeiten ausnahmslos zu regeln. Weiter wird verlangt, daß die britische Regierung das Prinzip der Freiheit der Meere annimmt außer gegenüber einer Macht, die als Angreifer anerkannt wird.

In seiner Antwort erklärte Baldwin, die Anregung, daß Großbritannien anderen Ländern endgültige Vorschläge für eine weitgehende Abrüstung machen soll, werde von der britischen Regierung in bezug auf Flotten durchgeführt werden. Was die Landstreitkräfte anbelangt, sei die britische Regierung der Ansicht, daß ein besserer Fortschritt erzielt werde, wenn die Initiative von den starken Militärmächten ergriffen werde.

Macdonald führte in seiner Antwort aus, der Pakt von Paris hätte sofort als Grundlage für eine befriedigende Abrüstungsvereinbarung verwandt werden müssen. Eine vollständige Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien sei jetzt möglich und müßte sofort erzielt werden.

In der Antwort Lloyd Georges wird nachdrücklich eine Minderungsverminderung verdrückt und die Entwicklung der freundschaftlichsten Beziehungen mit den Vereinigten Staaten bekräftigt.

Badische landwirtschaftliche Genossenschaftstagen

Mittwoch vormittag begannen in dem großen Festsaal zu Karlsruhe die jährlichen Landestagen der badischen landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Organisationen. Reichsernährungsminister Dietrich, der sein Erscheinen und ein Deforot in Aussicht gestellt hatte, mußte im letzten Augenblick telegraphisch absagen, weil er in Berlin durch dringende Geschäfte zurückgehalten war. Die Tagung war aus allen Landesteilen zahlreich besucht. Der Verbandspräsident Reibel eröffnete die Verhandlungen mit einer kurzen Begrüßungsansprache. Darauf begann zunächst die Generalversammlung der Badischen Landwirtschaftsbank, über die bereits berichtet wurde.

Verbandes badischer landw. Genossenschaften (Vergleich)

In seiner Begrüßungsansprache verbreitete sich Präsident Reibel über die Notlage der Landwirtschaft und die Bestrebungen und Versuche zur Besserung durch staatliche Unterstützung, insbesondere aber durch Selbsthilfe, kam dann auch auf die Frage der Vereinheitlichung der landwirtschaftlichen Organisationen zu sprechen, wobei er insbesondere vollständige politische und religiöse Neutralität verlangte. Am Ende seien 370 Genossenschaften mit 900 Teilnehmern.

Minister des Innern Dr. Kemnitz

wies auf die herzlichen und sympathischen Beziehungen zwischen den badischen Landesbehörden und dem Genossenschaftsverband hin. Die schwierige wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft werde voll anerkannt. Man müsse sich aber bemühen, diese Lage auch geschichtlich zu verstehen und das Problem der Staatshilfe, aber auch der Selbsthilfe, in seinem wahren Wesen erfassen, Produktion und Absatz fördern und durch eine gebiegene und rationell-wirtschaftliche Ausbildung des Nachwuchses die Landwirtschaft wieder existenz- und lebensfähig machen. Die alten Formen der Hilfe für die Landwirtschaft allein seien nicht mehr anwendbar. Er begrüße deshalb die Bestrebungen der organisatorischen Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Organisationen zur Sicherung der Existenz, ohne den überhaupt keine Möglichkeit bestehe, aus dem Elend herauszukommen. Hierbei müsse man sich aber mit Vertrauen und Geduld wappnen, denn was in Jahrzehnten verfaßt worden sei, könne nicht in zwei Jahren wieder eingeholt werden. Notwendig sei aber auch eine tiefere Erkenntnis der Zusammenhänge von Produktion und Absatz. Wenn die Landwirtschaft auf den vorgezeichneten Grundriss aufbaue, sei er überzeugt, daß sie eine andere Position wieder im Wirtschaftsleben einnehmen werde. Gemeinliche Arbeit und Gemeinsamkeit des Zieles sei das Gebot der Stunde.

Der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Graf Douglas, betonte die innige Zusammenarbeit von Landwirtschaftskammer und landwirtschaftlichen Genossenschaften. Dem vom Verbandspräsident Reibel erstatteten

Jahresbericht

ist zu entnehmen: Im Jahre 1928 sei die schwere Bürde, die das deutsche Volk, insbesondere die Landwirtschaft zu tragen habe, nicht leichter geworden, auch nicht trotz guter Ernte. Zu der großen Geld- und Kreditnot, zu hohen Steuern und Abgaben seien Abfahrschneidungen und rückläufige Preise gekommen. Die Selbsthilfeorganisationen hätten nach Kräften zu helfen gesucht. Die Absatzfrage werde nur dann gelöst werden können, wenn das nötige Geld beschafft werden könne, die Landwirtschaft genossenschaftlich dächte und handelte, Qualitätsware herstellte und in der Genossenschaft die Preisverpflichtung durchgeführt werde. Außerordentlich zu begrüßen sei, daß die Reichsregierung zur Aufhebung der Absatzfrage Mittel aus dem sogenannten Rostprogramm zur Verfügung gestellt habe. Leider könnten aber nur einige Gebiete (Milch- und Mollereiprodukte, Obst und Gemüse, Vieh) Berücksichtigung finden. Aufgabe der landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen müsse es sein, den Landwirten das schwere Los nach Kräften zu erleichtern, ihnen die Vorteile des Großbetriebes und Großbezuges zu bieten. Nur mit fremdem Kapital zu arbeiten, sei unrentabel. Genossenschaftswesen bedeutet Selbstverantwortung, Selbstverwaltung, Selbsthilfe. Die Kreditgenossenschaften arbeiteten mit aller Macht daran, die Sparkapitalien im Lande zu sammeln. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dez. v. J. 1426 Genossenschaften und Vereine, davon 1344 eingetragene Genossenschaften, und zwar 683 mit unbefränkter und 659 mit beschränkter Haftpflicht.

Die landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften, Bezugs-, Konsum- und Absatzvereine haben sich weiterentwickelt.

Die Getreidelagerhausgenossenschaften hatten ein schweres Geschäft. Die mengenmäßig gut ausgefallene Ernte bereitete Schwierigkeiten, da das Angebot die Nachfrage überstieg. Die Getreidemengen sind größer gewesen, aber die Weltnot stand beim Absatz hindernd im Wege. Bei den stetig nachgebenden Preisen müsse das Geschäftsergebnis als nicht befriedigend bezeichnet werden. Auch das Grünkerngeschäft war schlecht. Das Getreidebüro Mannheim war starker Abnehmer für Getreide.

Die Milch- und Mollereigenossenschaften hatten eine erhebliche mengen- und wertmäßige Steigerungen der Umsätze zu bewältigen. Die vorhandenen Einrichtungen reichten oft nicht aus. In steigendem Maße mußte zur Milchverarbeitung übergegangen werden. Die Qualität der Mollereierzeugnisse sei besser geworden. Die badische Markenbutter habe gute Abnehmer gefunden. Die von den landwirtschaftlichen Organisationen mit dem Verband badischer Milchbedarfsvereine angestrebte Verständigung sei weiter fortgeschritten, und es stehe zu hoffen, daß sie im Jahre 1929 zum Abschluß komme. Das Jahr 1928 habe auch eine Zusammenfassung sämtlicher landwirtschaftlichen Genossenschaften im Badischen Mollereiverband gebracht.

Für die Tierabfahrschneidungen war das Geschäft befriedigend. Die in den Wingerenossenschaften organisierten badischen Winger haben durch den Frostschaden im Mai 1928 starke Verluste gehabt. Der Mengenausfall ergab im Landesdurchschnitt etwa eine Drittel- bis halbe Ernte, im Taubergrund jedoch eine Missernte.

Infolge der Ausdehnung der Tabakanbaufläche in Baden und im Reich konnten die Tabakpflanzergenossenschaften ihren Tabak nur sehr langsam und zu wenig befriedigenden Preisen abgeben.

Die Dreiecksgenossenschaften haben sich weiterentwickelt. Die Weiden der Weidgenossenschaften waren fast alle voll beschliffen.

Die Kreditgenossenschaften haben sich gut entwickelt. Die Stärkung des Eigenkapitals ging langsam vonstatten. Die erreichten Erfolge berechtigten zu der Hoffnung, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften auch weiterhin der Landwirtschaft ihr Los nach Kräften erleichtern.

Durch die Revisionverteilung des Verbandes wurden in Berichtsjahr 1927 Jahresrechnungen geprüft und 720 gesetzliche Verwaltungsrevisionen und Kassenprüfungen durchgeführt. Letztere haben sich gut bewährt.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhefetzungen usw.
der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Oberregierungsrat Karl Hauch zum Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Baden, Oberregierungsrat Wilhelm Pfisterer im Ministerium des Innern zum Oberregierungsrat als Stellvertreter des Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Baden, Regierungsrat Georg Sägmüller bei der Landesversicherungsanstalt Baden zum Oberregierungsrat als hauptamtliches Vorstandsmitglied der Landesversicherungsanstalt Baden mit Wirkung vom 1. Juli 1929 und Regierungsrat Dr. Alfred Schülch im Ministerium des Innern zum Oberregierungsrat daselbst.
Polizeihauptwachmeister Eugen Haas in Karlsruhe zum Polizeioberwachmeister in Heidelberg.
Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:
Gendarmereinspektor Friedrich Leisinger in Freiburg, Gendarmereihauptwachmeister Max Wirthensohn in Weinheim.
Die feuerfreie Reichsanleihe

Verstorben:
Professor Anton Bed an der Realschule in Eppingen, Inspektorin Johanna Nad beim Akademischen Krankenhaus in Heidelberg.
Der ordentliche Professor der Pharmakologie an der Universität Heidelberg Dr. Hermann Wieland am 7. Mai 1929.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 18. Mai bis 27. Mai 1929.

Im Landestheater:
Samstag, 18. Mai. Außer Miete. Einmaliges Gastspiel Max Ballenberg mit seinem Ensemble: Das große ABC. Komödie von Ragnol. 20-22 1/2 (7 NM).
Sonntag, 19. Mai. Außer Miete. Einmaliges Gastspiel der japanischen Sängerin Jodita Fuentes: Madame Butterfly. Musikalische Tragödie von Puccini. 19 1/2-22 (9 NM).
Montag, 20. Mai. Nachmittags: Solus Solus. Von Curt Götz. 15 bis 17 (4 NM).
Abends: Außer Miete. Die Fledermaus. Operette von Johann Strauß. 19-22 (8 NM).
Dienstag, 21. Mai. *A. 26. Th.-Gem. 1. S.-Gr. Sternengeböt. Oper von Siegfried Wagner. 19 1/2-22 1/2 (7 NM).
Mittwoch, 22. Mai. *B. 26. Th.-Gem. 901-1000. Der Diktator. Tragische Oper von Krenek. Hierauf: Das geheime

Königreich. Märchenoper von Krenek. Hierauf: Schwerkriegs- oder Die Ehre der Nation. Burleske Operette von Krenek. 20 bis nach 22 (7 NM).

Donnerstag, 23. Mai. Volksbühne 5. Lannhäuser. Von Wagner. Der vierte Rang ist für den allgemeinen Verkauf frei gehalten. 19-22 1/2 (7 NM).

Freitag, 24. Mai. *F. 27 (Freitagmiete). Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. und 2. Hälfte). Nathan der Weise. Von Lessing. 19 1/2-22 1/2 (5 NM).

Samstag, 25. Mai. *E. 26. Th.-Gem. 551-600 und 701 bis 800. Neueinführung: Iphigenie auf Tauris. Schauspiel von Goethe. 20-22 1/2 (5 NM).

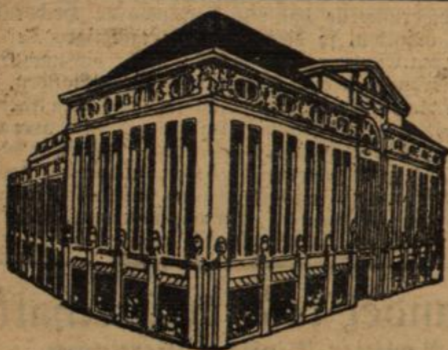
Sonntag, 26. Mai. *G. 27. Th.-Gem. 2. S.-Gr. Carmen. Oper von Bizet. 19 bis nach 22 (8 NM).

Montag, 27. Mai. Volksbühne 5. Lannhäuser. Von Wagner. Der vierte Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten. 19-22 1/2 (7 NM).

Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 19. Mai. * Zum ersten Male: Das goldene Kalb. Schwank von Schwarz und Mathern. 19 1/2 bis gegen 22 (4,10 NM).

Montag, 20. Mai. * Das silberne Kaninchen. Lustspiel von Möller. 19 1/2 bis gegen 22 (4,10 NM).

Sonntag, 26. Mai. * Das goldene Kalb. Schwank von Schwarz und Mathern. 19 1/2 bis gegen 22 (4,10 NM).



DER HERR

tätigt seine Pfingsteinkäufe bei Knopf, weil wir stets das Neueste preiswert und in guten Qualitäten anbieten

KNOPF

Städt. Sparkasse Oppenau

Öffentliche Sparkasse.

Bilanz per 31. Dezember 1928.

Vermögen.		Verbindlichkeit.	
Nr.	RM	Nr.	RM
1. Kassenbestand	16 433,74	1. Spareinlagen	958 042,85
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-schedamt	178 084,08	2. Aufwertungs-spareinlagen	344 727,05
3. Wertpapiere	6 277,50	3. Giro und Kontokorrent-einlagen	83 270,62
4. Wechsel	16 385,20	4. Umschuldungskredite	12 000,—
5. Darlehen auf Hypothek.	209 230,—	5. Rücklagen von früheren Jahren	26 998,54
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	562 290,55	6. Reingewinn 1928	11 320,97
7. Darlehen auf Schuldschein	12 632,60		
8. Darlehen an Gemeinden	87 515,22		
9. Umschuldungskredite	12 000,—		
10. Zinsrückstände	6 748,50		
11. Aufwertungsaktive	171 332,20		
12. Aufwertungsabrechnungskonto	157 429,44		
13. Inventar	1,—		
	1 436 360,03		1 436 360,03

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 1 041 313,47 RM Einlagen = 52 065,65 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 = 38 319,51
somit weniger = 13 746,14 RM

Oppenau, den 15. Mai 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Bruder.

Der Geschäftsleiter: Wächle. Der Kontrollleur: Junge.

Spar- und Waisenkasse des Amtsbezirks Neustadt i. Schw.

Öffentliche Verbandssparkasse.

Bilanz auf 31. Dezember 1928.

Vermögen.		Verbindlichkeiten.	
Nr.	RM	Nr.	RM
1. Kassenbestand	11 959,62	1. Spareinlagen	2 305 201,69
2. Sorten und Coupons	406,05	2. Giro- und Kontokorrent-einlagen	320 368,76
3. Wechsel	37 968,71	3. Anlehenskapitalien	826 190,—
4. Guthaben bei Reichsbank und Post-schedamt	5 580,90	4. Aufwertungskonto	212 532,81
5. Wertpapiere	117,87	5. Reserverfonds	83 908,80
6. Kontokorrentdebitoren	208 092,65	6. Sonderumlagen	2 394,90
7. Darlehen geg. Hypothek.	386 791,78	7. Reingewinn vom Jahre 1928	50 622,01
8. Darlehen geg. Hypothek. an Gemeinden	2 207 328,62		
9. " geg. Bürgschaft	567 042,35		
10. " geg. Bürgschaft gegen Lombard	89 891,17		
11. Vorschüsse	20 415,10		
12. Zinsrückstände	659,41		
13. Verwaltungsgebäude	64 862,74		
14. Inventar	1,—		
Abschreibg.	1 056,60		
	3 601 118,97		3 601 118,97

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 2 625 570,45 RM = 131 278,50 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 = 136 825,71
somit mehr = 5 547,21 RM

Neustadt i. Schw., den 17. April 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Pfister, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: Degen.

Wollen Sie Veränderungen in Ihrer Familie, seien es freudige oder traurige Ereignisse, Ihren Kollegen und Bekannten mitteilen, so erreichen Sie dieses durch eine Anzeige in der

Karlsruher Zeitung

BADISCHER STAATSANZEIGER

Jeder badische Beamte liest sie, jede badische Staats- oder städtische Behörde nimmt davon Kenntnis

Städt. Sparkasse Rastatt

Öffentlich-rechtliche Spar- und Kreditanstalt. S. Gegründet 1838
Ältestes Geldinstitut von Stadt und Bezirk Rastatt.

Darstellung des Vermögens und der Schulden am 31. Dezember 1928.

A. Vermögen		B. Schulden	
Nr.	RM	Nr.	RM
1. Kassenbestand am 31. Dezember 1928	22 484,36	1. Spareinlagen:	
2. Kapitalien und zwar:		a) auf RM-Konten	4 646 970,23
a) Bankguthaben	177 905,01	b) a. Aufw.-Konten	2 119 238,71
b) Wechsel	191 192,98		6 766 208,94
c) Wertpapiere (Kurswert 31. 12. 28)	96 847,93	2. Sched u. Giroeinlagen	701 153,07
d) Darlehen in laufend. Rechnung 846 651,36		Kreditoren a. Kontokorrent-konten	32 738,18
Debitoren a. Girokonto	3 781,51		733 891,25
e) Schuldscheindarlehen an Private	235 321,55	3. Rücklagen:	
f) Lombarddarlehen	28 200,—	a) gesetzl. Reservefonds von früheren Jahren	116 578,30
g) übernommene Kaufschillinge	16 606,66	b) Reingewinn 1928	65 912,88
h) Gemeindepfandbriefe	209 874,75		182 491,18
i) Betriebskapitalanteil bei der Girozentrale Mannheim	139 500,—	4. Weitergeb. Wechsel	168 314,30
k) Darlehen auf Hypotheken	3 575 445,—	5. Bürgschaften	6 650,—
3. Gerätschaften	1,—		
4. Gebäude	261 165,80		
5. Einnahme-Rückstände	1 713,76		
6. Aufwertungsfordernngen — Kennbeitrag	1 679 816,80		
7. Fehlbetrag zur 18 1/2 % Proz. Einlage-Aufwertung nach Abzug der bereits bar bezahlt. Forderungen	196 082,80		
8. Weitergeb. Wechsel	168 314,30		
9. Bürgschaften	6 650,—		
	Summe des Vermögens 7 682 591,37		Summe der Schulden 7 682 591,37

Berechnung der Sicherheitsrücklage.

Die Rücklagen sollen laut § 17 der Satzung 10 vom Hundert der gesamten Reichsmark-Guthaben der Einleger betragen, mithin aus 5 330 891,43 RM = 533 089,14 RM vorhanden sind als Reingewinn einschl. Gewinn 1928 = 182 491,18 RM es fehlen somit bis zur satzungsmäßigen Höhe = 350 597,96 RM

Rastatt, den 15. April 1929

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Renner, Oberbürgermeister.

Der Geschäftsleiter: Ruhn, Direktor.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Colosseum

Täglich 8 Uhr
Wenn der weiße Flieder blüht

aktuelles Frühlingsopspiel